

**Abschlussbericht zum Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“**

**Einleitung**

Am 12. Juli 2017 setzte die Hamburgische Bürgerschaft mit der Drucksache 21/9805 gemäß § 52 Absatz 3 ihrer Geschäftsordnung den Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ ein.

Der Ausschuss hatte den Auftrag,

*die gewalttätigen Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg stattgefunden haben, aufzuarbeiten und eine Analyse und ganzheitliche Betrachtung von Tat-, Täter- und Unterstützungsstrukturen, des bundesweit abgestimmten Sicherheitskonzeptes sowie weiterer relevanter Umstände vorzunehmen. Ziel ist es, die richtigen Lehren zu ziehen, damit sich so etwas in Hamburg nicht wiederholt.<sup>1</sup>*

Diesem Beschluss folgten insgesamt vierzehn Sitzungen des Sonderausschusses, in denen von Seiten des Senats eine wortreiche und langatmige Darstellung des Polizeieinsatzes erfolgte, neue erhellende Fakten oder Aussagen zur konkreten politischen Verantwortung für die G20-Chaostage gab es keine. Auch zum wichtigen Themenaspekt des Umgangs mit dem Linksextremismus gab es keine konkreten Aussagen. Die öffentlichen Ankündigungen des damaligen Bürgermeisters dazu wurden im Sonderausschuss dann sogar vom Senat widerrufen. Die ausschweifenden und teilweise redundanten Ausführungen des Senats dienten der Selbstverteidigung und nicht der notwendigen und von SPD und Grünen versprochenen Aufarbeitung der G20-Chaostage in Hamburg. Erkennbar ging es Rot-Grün einzig und allein darum, auf Zeit zu spielen, um den damaligen Bürgermeister und seinen Senat aus der Schusslinie zu nehmen und keine politische und personelle Verantwortung übernehmen zu müssen.

**Verharmlosungsstrategie im Vorfeld**

Einige maßgebliche politische Fehler konnten trotz dieser Verweigerungshaltung herausgearbeitet werden: So wurde deutlich, dass die Sicherheitsbehörden erst nach der bereits erfolgten Zusage für den G20-Gipfel in Hamburg durch den damaligen Bürgermeister Olaf Scholz, das erste Mal informiert und beteiligt wurden.

Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg warnen daraufhin konkret vor den Gefahren durch linksextremistische Tätergruppen. Diese Warnungen hätten jedoch noch konkreter sein können. Mit der faktischen Abschaffung des Instruments der verdeckten Ermittler hat der Senat die Arbeit der Sicherheitsbehörden aber erheblich erschwert. Eine umfassende und tiefe Aufklärung der linksextremistischen Szene war so nicht mehr möglich. Alle Warnungen der Sicherheitsbehörden wurden durch den Senat und die ihn tragenden Fraktionen verharmlost und ignoriert. Diese Verharmlosungsstrategie von SPD und Grünen im Vorwege hat maßgeblich zu den G20-Chaostagen beigetragen. Alle Warnungen, ob von Polizeigewerkschaften oder anderen Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft, wurden ignoriert und als „Verschwörungstheorien“ abgetan.

Der damalige Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Andreas Dressel, kommentierte beispielsweise die von der CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft zitierten konkreten Warnungen wie folgt:

*„Herr Lenders und Herr Gladiator, zu dem überzogenen Alarmismus, den Sie heute mit Ihrer Aussage, Hamburg würde in Schutt und Asche gelegt, verbreitet*

*haben, kann ich nur sagen: Wer mit solchen Horrorszenarien unterwegs ist, der muss sich fragen, welchen Beitrag er zur Eskalation und Deeskalation leistet. Überlegen Sie sich einmal, was Sie da sagen.“<sup>2</sup>*

Und auch die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Antje Möller, bewies Realitätsferne:

*„Da helfen Verschwörungstheorien und Gewaltscenarien, die Sie entwickeln, keinen Deut.“<sup>3</sup>*

Auch andere führende Politiker von SPD und Grünen äußerten sich ähnlich verharmlosend.

### **Linksextremistische Strukturen in Hamburg und die Rolle der Roten Flora**

Die Tatsache, dass der Linksextremismus in Hamburg seit Jahren verharmlost und als Teil der Subkultur der Stadt vom Senat anerkannt wird, spielte für die Vorbereitung, Durchführung und Intensität der linksextremistischen Ausschreitungen eine große Rolle. Aus Hamburg wurde von Seiten der linksextremistischen Szene unter Nutzung der notwendigen Strukturen mobilisiert, organisiert und das benötigte Material (bspw. zur Vermummung, Pyrotechnik etc.) bereitgestellt. Insbesondere bezüglich der europaweiten Mobilisierung konnten Erkenntnisse gewonnen werden:

*„Die Rote Flora, die autonome Szene hat maßgeblich für den Bereich Welcome to Hell und für die Vorbereitung des dann nicht stattfindenden Camps im Stadtpark [eine] maßgebliche Rolle gespielt.“<sup>4</sup>*

*„Es lässt sich also erkennen, dass wir hier Verbindungslinien haben zwischen den Organisatoren, der Mobilisierung, in dem Fall hier Interventionistische Linke, und späteren ausländischen Beschuldigten und Tatverdächtigen. Es ist auch erkennbar, dass es einerseits langfristig geplante Straftaten gegeben hat, Stichwort Elbchaussee, die natürlich auch mithilfe lokaler Strukturen begangen wurden, aber deutlich auch unter Beteiligung ausländischer Aktivisten. Und auch klar ist, dass in so einer hochdynamischen Ereignisphase wie am Abend des 7. Juli dann keine Steuerung sicherlich mehr möglich war durch Hamburger Strukturen. [...] Man kann also sagen, dass hier ein hoch entzündliches Gemisch durch Hamburger Strukturen angerührt worden war, was dann explodiert ist.“<sup>5</sup>*

Neben der Roten Flora taten sich besonders die „Interventionistische Linke“ und der „Rote Aufbau“ hervor. Dabei zeigte sich die gute Vernetzung der linksextremen Strukturen in Hamburg.

*„Das Ganze begann ja auch mit einer militanten Kampagne, mit zahlreichen Straftaten in Hamburg, in Deutschland und auch im europäischen Ausland, und für die offene Mobilisierung wissen wir zumindest, sind in Hamburg Strukturen wie die Interventionistische Linke, das Umfeld der Roten Flora und das Bündnis G20 entern um den Roten Aufbau Hamburg verantwortlich gewesen. [...] Gleichwohl ist wohl zu konstatieren, dass diese Einladungen dieser genannten Bündnisse auch bei den Gewaltaktivisten sehr genau verstanden wurden. Und es war klar, dass hier die organisatorischen Vorbereitungen auch für militanten Protest, der ja ausdrücklich nicht ausgeschlossen wurde, getroffen sind.“<sup>6</sup>*

---

2    Protokoll der 56. Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 12. April 2017, Seite 3999.

3    Protokoll der 56. Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 12. April 2017, Seite 4001.

4    SD Torsten Voß, Protokoll der Sitzung des Sonderausschusses am 21. September 2017, Seite 65.

5    KD Jan Hieber, Protokoll der Sitzung des Sonderausschusses am 28. Juni 2018, Seite 7 f.

6    KD Jan Hieber, Protokoll der Sitzung des Sonderausschusses am 28. Juni 2018, Seite 5.

Die Rolle der Roten Flora, wurde auch durch öffentliche Äußerungen ihrer Repräsentanten vor und während der G20-Chaostage eindrucksvoll belegt.

So zeigte bei den Vorbereitungen der Welcome-to-Hell-Versammlung

*„Beuth [...] sich kritisch und bewertete die bisherige Zahl von 30 Reihen für den Schwarzen Block als nicht ausreichend“.<sup>7</sup>*

*„Und zwar erzählte Beuth auf dieser Vollversammlung, dass es schon das erklärte Ziel sei, die Demonstration am 6. Juli so weit zu bringen, wie es nur geht. Allerdings, falls der Demonstrationzug aufgestockt werden sollte, solle man sich so verhalten wie am 21. Dezember 2013.“<sup>8</sup>*

Nach den Ausschreitungen am G20-Samstag äußerte Beuth

*„Sympathien für solchen Aktionen [...], doch bitte nicht im eigenen Viertel. Warum nicht in Pöseldorf oder Blankenese?“<sup>9</sup>*

Es wurde zudem nachgewiesen, dass die linksterroristischen Kommandoaktionen am Morgen des 7. Juli an der Elbchaussee ohne die Unterstützung der linksextremen Strukturen in Hamburg nicht möglich gewesen wären:

*„Insgesamt kann man sagen, dass diese Taten, so, wie sie abgelaufen sind, ohne Unterstützung der lokalen Strukturen einfach nicht möglich gewesen wären.“<sup>10</sup>*

Anders als von SPD und Grünen behauptet, war es auch in den vergangenen Jahren rund um die Rote Flora alles andere als friedlich. Gewalt wird von Seiten der Rotfloristen nicht abgelehnt, sondern ausdrücklich befürwortet.

*„Sich im Vorfeld von Gewalt zu distanzieren bedeutet für uns, in die ideologische Falle der Gegenseite zu laufen.“<sup>11</sup>*

### **Politische Verantwortung und die Rolle von Olaf Scholz**

Seit Jahren ist der Senat jedoch auf dem linken Auge blind. Mehrfach wurden Anträge der CDU-Fraktion für ein Landesprogramm gegen Linksextremismus (so wie es Programme gegen andere Extremismusformen gibt) abgelehnt. Diese Haltung hat sich spätestens während des Gipfels gerächt.

Nach eindeutigen Ankündigungen von Olaf Scholz geschah jedoch nichts.

*„Ich kann nur allen raten, nicht zu glauben, dass alles so wie vorher sein wird, wenn man nur lange genug wartet.“<sup>12</sup>*

*„Wenn wir die Ereignisse um den G20-Gipfel aufarbeiten, stellt sich auch die Frage nach deren [gemeint ist die Rote Flora] Zukunft.“<sup>13</sup>*

Sein Nachfolger Peter Tschentscher sprach im Gegensatz zu seinem Vorgänger der Roten Flora sogar eine Bestandsgarantie aus.

*„Die G20-Krawalle haben diesen [Akzeptanz-]Rückfall gebracht, und das müssen wir jetzt überwinden.“<sup>14</sup>*

---

7 SD Torsten Voß, Protokoll der Sitzung des Sonderausschusses am 5. April 2018, Seite 68.

8 SD Torsten Voß, Protokoll der Sitzung des Sonderausschusses am 5. April 2018, Seite 68.

9 Andreas Beuth im NDR am 8. Juli 2017.

10 KD Jan Hieber, Protokoll der Sitzung des Sonderausschusses am 04. Juli 2018, Seite 32

11 In: Die Zeit vom 29. Juni 2017.

12 In: Hamburger Abendblatt vom 5. August 2017.

13 In: Bild Hamburg vom 13. Juli 2017.

14 In: Die Welt vom 18. April 2018.

Das ist eine Kapitulation des rot-grünen Senats vor dem Linksextremismus in Hamburg. Wenn der Staat nicht gegen Extremisten, die unseren Rechtsstaat ablehnen und bekämpfen, vorgeht, weil er Angst vor deren Reaktion hat, und bekannte rechtsfreie Räume unangetastet lässt, macht er sich politisch erpressbar. Der Umgang des Senats mit dem Linksextremismus stärkt diesen am Ende sogar noch, denn das Ausbleiben von Konsequenzen wird von der linksextremistischen Szene als Schwäche ausgelegt und führt zu einer Ausweitung der „Kampfzone“.

Weder der Erste Bürgermeister noch der Innensenator, die schon während des Gipfels geradezu weggetaucht waren, waren in der Lage, politische Verantwortung zu empfinden und wahrzunehmen. Olaf Scholz selbst machte sogar deutlich, dass er nur im Falle eines Toten mit seinem Rücktritt politische Verantwortung übernommen hätte. Es gab einen staatlichen Kontrollverlust, der etliche Menschen zu Opfern gemacht und sie traumatisiert hat. Vor allem der Innensenator versuchte, jegliche Verantwortung auf die operativen Ebenen der Polizei und Sicherheitsorgane abzuwälzen. Die Polizei musste aber innerhalb der politischen Rahmenbedingungen agieren.

SOKO-Ermittlungen sind keine politischen Maßnahmen, sondern Ausdruck der rechtsstaatlichen Normalität. Politische Konsequenzen hat der rot-grüne Senat einzig gegenüber der Polizei gezogen. Als Ausdruck eines völlig unbegründeten Misstrauens soll die Kennzeichnungspflicht für die Bereitschaftspolizei eingeführt werden. SPD und Grüne zeigen damit, dass sie leider immer noch nicht verstanden haben, wie Linksextremismus funktioniert und wie er zu bekämpfen ist.

### **Fazit und Zusammenfassung**

Folgende Punkte lassen sich festhalten:

1. Die linksextremen Strukturen sind in Hamburg derart ausgeprägt, dass unter diesen Rahmenbedingungen der Gipfel hier nicht hätte stattfinden dürfen. Gleichwohl gilt, auch derartige Gipfeltreffen müssen grundsätzlich in Hamburg stattfinden können und es ist die Aufgabe des Senats, mit Hilfe der Sicherheitsorgane dafür die Voraussetzungen zu schaffen.
2. Die Sicherheitsbehörden hätten in die Entscheidung, den Gipfel in Hamburg stattfinden zu lassen, frühzeitig eingebunden werden müssen. Eine Entscheidung für den konkreten Standort hätte es erst nach einer vollständigen Lageeinschätzung geben dürfen.
3. Es wurde deutlich, dass die Form der Gewalt gegen Unbeteiligte durch marodierende Schwarzvermummte kein neues Bedrohungsszenario war, sondern dass bereits im Vorwege vor solchen Entwicklungen gewarnt wurde und diese bspw. von den Ausschreitungen rund um die Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt hinlänglich bekannt waren.
4. Das Einsatzkonzept der Polizei hat insofern nicht gegriffen, als dass die notwendige Polizeipräsenz in der gesamten Stadt nicht zu jeder Zeit sichergestellt werden konnte. Der Kontrollverlust in Altona und im Schanzenviertel hätte verhindert werden müssen. Dies hat die Polizei im Sonderausschuss selbstkritisch dargestellt und entsprechend aufgearbeitet.
5. Es gab Fehlverhalten einzelner Polizisten, die konsequent verfolgt werden. Es gibt aber keinerlei Gründe, den gesamten Einsatz der Polizei in Frage zu stellen. Dahingehende Ablenkungsversuche, die Straftaten der Linksextremisten zu verharmlosen, laufen ins Leere.
6. Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Schadensregulierung nicht ausreicht, um alle entstandenen (finanziellen) Schäden auszugleichen. Hier muss für zukünftige ähnlich gelagerte Ereignisse ein besserer und unbürokratischer Schadensausgleich gefunden werden.
7. Die Verharmlosungsstrategie des damaligen Bürgermeisters im Vorwege hat maßgeblich zu den G20-Chaostagen beigetragen. Marodierende Banden, brennende Autos, Rauchsäulen über der Stadt und stundenlanges Verkehrs-

chaos zeugen von politischen Fehlplanungen und einer gescheiterten Koordination vor, während und nach G20.

8. Die den Hamburgern versprochene Aufklärung der G20-Chaostage, die Übernahme politischer Verantwortung und die konkreten Schlussfolgerungen des Senats hat es bis heute nicht gegeben. Dafür trägt nicht der Sonderausschuss die Verantwortung, sondern einzig der rot-grüne Senat.

### **Schlussfolgerungen**

Im Hinblick auf das Ziel des Sonderausschusses, die richtigen Lehren zu ziehen, stehen am Ende folgende Forderungen:

1. Der Senat, insbesondere der Innensenator, muss endlich die politische Verantwortung für den staatlichen Kontrollverlust übernehmen. Nur so lässt sich das zerstörte Vertrauen bei den Hamburgerinnen und Hamburgern wiederherstellen.
2. Der Senat darf die Gefahren des Linksextremismus nicht länger ignorieren. Die Rote Flora darf nicht länger toleriert und unterstützt werden. Die Rote Flora muss geschlossen und das Gebäude einer für alle Bürger zugänglichen Nutzung zugeführt werden.
3. Der Senat muss schnellstmöglich ein Landesprogramm gegen Linksextremismus erarbeiten und umsetzen. Dabei bietet der Antrag „Dem Linksextremismus in Hamburg konsequent den Nährboden entziehen – Aktionsplan nach den verheerenden Gewaltexzessen beim G20-Gipfel“ der CDU-Fraktion ausreichend Anhaltspunkte.
4. Die Einführung der Kennzeichnungspflicht gerade als Konsequenz aus den G20-Unruhen ist völlig unverständlich und lediglich Ausdruck eines unbegründeten Misstrauens gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, die unter Einsatz ihres Lebens für unsere Sicherheit sorgen. Sie muss umgehend rückgängig gemacht werden.
5. Der Einsatz von verdeckten Ermittlern muss wieder ermöglicht werden, um den Sicherheitsbehörden ausreichend qualifizierte Informationen zugänglich zu machen, so dass Ausschreitungen und Unruhen wie beim G20-Gipfel verhindert werden können.

Diese und weitere konkrete Maßnahmen wird die CDU in der Hamburgischen Bürgerschaft beantragen.